

Doppik formt die Kirche um

Seit 125 Jahren gibt es den Pfarrer- und Pfarrerinnenverein in der evang.-luth. Kirche in Bayern. Für die Vorsitzende Corinna Hektor Anlass genug, auf ihre Kirche einen kritischen Blick zurück und nach vorn zu werfen.

„»Vom Auftrag her denken«, so heißt es in den letzten Jahren immer wieder, wenn Mitglieder des Landeskirchenrates über Kirche sprechen. Sie haben recht, wir sollten vom Auftrag her denken. Theologisch also. Und von dort aus auf die Strukturen schauen und uns für oder gegen bestimmte Formen entscheiden. Weil Kirche in der sichtbaren Welt Strukturen braucht und diese Strukturen, die Sprache, in der wir reden und die Bilder, die wir verwenden, unser Bild von der Wirklichkeit prägen – und unser Handeln in bestimmte Bahnen lenken, im schlimmsten Fall einengen. Mit fällt auf, dass in den letzten Jahren entsprechende Entscheidungen meist ganz ohne solche Überlegung und ohne theologische Diskussion getroffen wurden, die Folgen werden inzwischen sichtbar.

Viele davon sind Finanzentscheidungen. Doppik zum Beispiel. Erst hieß es, Doppik berücksichtige kirchliche Besonderheiten, inzwischen muss sich die Kirche nach der Doppik richten. Nach einer speziellen Form der Haushaltslehre genauer gesagt. Das HGB, Handelsgesetzbuch, wurde faktisch zu einer Art heiligem Gesetzbuch – und zwingt, quasi kanonisch geworden, nicht nur unsere Finanzen in eine bestimmte Form, sondern bestimmt auch Inhalte. Es formt Kirche um. Die Folgen: Handlungsspielräume werden eng, Entscheidungen bekommen noch längeren Vorlauf, da bereits noch ein halbes Jahr früher angemeldet werden muss, was haushaltsrelevant entschieden werden soll. Rück-

lagen als Planungsgröße haben ausgedient. Die Angst vor der Armut wächst – trotz aller Rekordergebnisse bei den Kirchensteuern.

Gleichzeitig werden Finanzdebatten dominanter auf den Synoden, bestimmen nun nicht mehr nur den Herbst. Dazu lebt wieder auf, was ich in der Zeit der Konsolidierung nach 2003 schon als problematisch erlebt habe: Abteilungsbudgets, die gegeneinander zu rechnen sind – und in denen es kaum Möglichkeiten zum Übertrag gibt, so dass Geld bis zu einem Stichtag ausgegeben sein muss, damit es nicht verfällt. Die Mechanismen sind bekannt und waren schon damals wenig hilfreich. (...)

Früher wurde im Herbst auf der Synode ein Haushalt erläutert, es wurden Investitionen begründet, große Linien gezogen – und damit immer auch ein Blick auf die laufende Arbeit geworfen. Heute dominiert die Ertragsbilanz. Lesefreundlich auf einer Seite, ein buntes Bild – eigentlich zwei nebeneinander. Und dort erscheint dann unter »Verpflichtungen« ein dicker schwarzer Balken – die Pensionsrückstellungen für die KirchenbeamtInnen, DiakonInnen, verbeamteten ReligionspädagogInnen und die PfarrerInnen. Die Versorgungslasten. Scheinbar erdrückend.

Verstärkt wird der Eindruck dadurch, dass die durch die deutsche Rentenversicherung abgesicherten Gelder mit abgebildet sind. Dass die bereits dafür zurückgelegten Gelder 98 % der erwarteten Kosten bereits abdecken, gerät dabei aus dem Blick. Die Einnahmen auch.

Manches hat sich verändert. Wir hatten mal ein System mit Rücklagen als Planungsgröße. Heute haben wir stattdessen einen großen Topf und die Aussage, dass auf der Kostenseite insgesamt etwas fehle. So wird aus der Planung eine neue Aufgabe: kürzen. Was dabei nicht gesagt wird: Die Kosten sind eine Schätzung, genauer: eine Prognose aufgrund mehrerer Schätzungen. Stattdessen ist die Rede von Personalkostenquoten, Benchmarks und Gewinnen, die wir als gemeinnützige Organisation gar nicht machen dürfen. Es sieht düster aus. Sparen scheint die einzige Chance. Ja, Doppik und HGB bescheren uns einen besseren Blick auf die Immobilien – aber wenig Übersicht für vieles andere; vor allem aber eine Systematik, die den meisten innerkirchlichen Fachleuten fremd ist. Selbst im Finanzausschuss haben nach eigener Aussage nicht alle verstanden, was beschlossen wurde. Und die Folgen erst recht nicht. Wenn das die versprochene Transparenz sein soll, hätte ich gern das alte intransparente System zurück. (...)

Was ist Volkskirche? Was sind wir? Eine Organisation? Ein Unternehmen?

Unsere Sprache verrät uns: Wir reden plötzlich von Produkten und Gewinn – oder gar von Kunden. Orientieren uns an den Maßstäben von Wirtschaftsunternehmen. Wir haben aber keine Kunden, sondern Mitglieder (Prof. Chr. Möller) – und so soll es bitte bleiben.“

Lesen Sie hier den ganzen Artikel:

<http://www.pfarrverein-bayern.de/ablage/kblatt-1606.pdf>

Evangelische Kirche 2017: Vorreformatorische Verhältnisse

Vortrag in der Martini-Kirche
(Kirchenkreis Siegen) zum
Reformationsfest am 31.10.2015 von Prof.
i.R. Dr. Gisela Kittel, Detmold

In ihrem Vortrag „Das Erbe der Reformation und heutige Entwicklungen in den Evangelischen Kirchen“ im Kirchenkreis Siegen analysiert Prof. i.R. Dr. Gisela Kittel zusammenfassend die Situation in der Evangelischen Kirche, wie sie sich ein Jahr vor dem Reformationsjubiläum 2017 darstellt: „Für Luther, der das Wort »Kirche« kaum in den Mund nahm und lieber von der Christengemeinde sprach (vgl. EG 341), wie auch für Calvin war die Kirche die »Gemeinschaft der Heiligen«, das christliche Volk, das sich um Gottes Wort und die Zeichen dieses Wortes, die Sakramente, ganz konkret versammelt. Die Kirche der Strukturreformen bzw. des kirchlichen Umbaus zielt dagegen auf eine andere Kirche. Es ist eine Kirche, die sich – ähnlich der

in vorreformatorischer Zeit – vornehmlich als Institution, als Verwaltungsapparat versteht, durchorganisiert von den leitenden Gremien her bis hinab in die Gemeinden auf der untersten Ebene, die sich den beschlossenen neuen Verwaltungsstrukturen und Finanzrichtlinien widerstandslos zu fügen haben.“

Lesen Sie hier den ganzen Artikel bei „KirchenBunt“:

<http://kirchenbunt.de/evangelische-kirche-2017-vorreformatorische-verhaeltnisse/>

Lesen Sie hier den Vortrag von Gisela Kittel als PDF:

http://www.kirchengemeinden.kirchenkreis-siegen.de/17/dateien_cms/Sonstiges/Reformationsvortrag_Martinikirche_Gisela_Kittel_2015.pdf

Im Showbusiness – kann die Kirche von der Wirtschaft vielleicht doch was lernen?

Ob die Kirche von der Wirtschaft lernen kann, ist eine vieldiskutierte Frage. Hinschauen lohnt sich – zumindest, um nicht die gleichen Fehler zu machen – vier Beispiele.

Beispiel 1

Michaela Schießl über das [Buch von Lars Vollmer](#): „Zurück an die Arbeit: Wie

aus Business-Theatern wieder echte Unternehmen werden“. Linde Verlag, Wien; 192 Seiten; 24,90 Euro. (Der Spiegel, Nr. 9/2016, S. 80 f.)

„Mit veralteten Werkzeugen und wirkungslosen Managementprozessen versuchen Firmen, der sich stetig verändernden Wirklichkeit Herr zu werden. Und vergiften dabei, was sie zu retten versuchen. (...)“

Die einzige Chance, als Unternehmen in der rasanten Wirklichkeit zu überleben, sieht Vollmer in der Errichtung eines K.-u.-k.-Regimes: Eine Firma muss sich kompromisslos um Kunden und Könner herum organisieren. Wie ein Team konkret auszusehen hat, richtet sich allein nach dem Bedürfnis des Käufers und der kompetentesten Person. Der Könner muss nicht von außen bestimmt werden, er meldet sich meist automatisch aus einem Team heraus. „Darum ist eine Mannschaft in Madrid um Cristiano Ronaldo ganz anders organisiert als eine Mannschaft in Barcelona um Lionel Messi.“

Statt Zuständigkeiten braucht es Verantwortungsübernahme, statt Vorschriften Ideen und Befähigung. Plus die Kompetenz, einen Plan auch ohne Genehmigung durch den Chef schnell umzusetzen. Das muss das Prinzip sein, so Vollmer, das die starren Organisationsstrukturen ersetzt. Komplexe Situationen können nicht mehr gesteuert werden, bleibt nur, passend und schnell darauf zu reagieren.“

Beispiel 2

re:publica 2015 – Gunter Dueck: Schwarmdummheit

Beispiel 3

Mad Business

„Vielen ist bewusst, dass sie Teil eines lächerlichen Spiels sind“ – Zwei Manager ertragen den alltäglichen Konzernirrsinn nicht mehr und steigen aus. Sie interviewen Dutzende Führungskräfte über Leben und Leiden in großen Organisationen. Daraus entsteht das Buch „Mad Business“. Einer der beiden Autoren, Oliver Weyergraf, ist heute Unternehmer in Berlin. Gespräch mit einem Erlösten.

Lesen Sie hier den ganzen Artikel aus brandeins, Wirtschaftsmagazin, 11/2015:

<http://www.brandeins.de/archiv/2015/oekonomischer-unsinn/mad-business-viele-n-ist-bewusst-dass-sie-teil-eines-laecherlichen-spiels-sind/>

Beispiel 4

Wir hier oben

Bei Volkswagen trafen Macht und Selbstherrlichkeit der Chefs auf die Ergebenheit ihrer Mitarbeiter. Das ist kein Einzelfall in deutschen Konzernen – und führt ins Unglück/ Ein Gastbeitrag von Thomas Sattelberger für ZEIT-ONLINE vom 16.06.2016

„Alle Machtorganisationen neigen dazu, sich eine Kultur der Günstlinge und Hofschranzen zu erschaffen. Unterliegen sie keinem Korrektiv, so unterdrücken sie ehrliche Geister und schaffen eine Atmosphäre der Angst, in der so lange nichts Kritisches nach oben gelangt, bis dort nur noch der berühmte Kaiser ohne Kleider anzutreffen ist.“

Lesen Sie hier den ganzen Artikel:

<http://www.zeit.de/2016/24/manager-fuehrungsstil-selbstherrlichkeit-krise-unternehmen/komplettansicht>

Zusammengestellt von Johannes Taig

Qualitäten, Quantitäten – Wider das kleine Karo der Dienstordnungen

Von Hans Schlumberger

„Merkwürdig viele Kolleginnen und Kollegen setzen in diesen Monaten verwe-gene Hoffnungen auf die Vereinbarung und den Erlass von Dienstordnungen, die einem Leitbild jener Epoche folgen, der die Massenproduktion in der Fab-rik als Inbegriff des Fortschrittes galt, und so Äpfel und Birnen, Abendmahlsgottesdienste und Zuschussverhandlungen, Krankenbesuche und zäh-neknirschend übernommene Hausmeisterdienste „erfassen“, „auflisten“, als Zahlenkolonnen darstellen und zu einem Zahlenwert zusammenrühren, der als durchschnittliche Jahres- oder Wochenstundenzahl unsere „Produkte“ wie unsere Arbeiten zur austauschbaren Ware erklären und mit der gelebten Pfar-rhauswirklichkeit und der dort geleisteten Arbeit nicht viel zu tun haben wird. Entlastung erhofft man sich offenbar davon, Begrenzbarkeit. Er-leichterung also für die Mühe, zwischen bezahlter Arbeit, unbezahlter Ar-beit (der oft übersehene dritte Sektor: Haushalt, Familie, Ehrenamt) und Muße getrösteten Gewissens einen akzeptablen Trennungsstrich hinzukriegen und damit respektiert zu werden, jedenfalls keinen Sympathieverlust zu er-fahren.

Legitimation also. Für Feierabend und Feiertag: für das, was seit drei-tausend Jahren durch das Sabbatgebot nicht etwa bloß legitimiert, sondern als Bundesbestimmung des Volkes Israel kategorisch geboten ist und durch uns öffentlich zu verkünden und zu vertreten. Geschehen soll das ausgerech-net mit Hilfe eines Rezepts, das Jesus gelegentlich scharf kritisiert oder der Lächerlichkeit preisgegeben hat: Statt ein wortkarges und klares bib-lisches Gebot schlicht zu beachten, wird es von hundert papiernen Bestimmun-gen und Vereinbarungen, die es einmal schützen sollten, bis zu Unken-tlichkeit und Paradoxie überwuchert.

Tatsächlich kann es leicht passieren, dass wir dadurch verstärkt zu Dienst-mägden und Knechten dessen werden, was uns vermeintlich freier macht: Eines Tages wird nicht mehr die Dienstordnung für die Pfarrerin da sein, sondern die Pfarrerin für die Dienstordnung. (...)

Wo die Enge, hier die Engmaschigkeit von Dienstbeschreibungen, regiert, wird es unter solchen Umständen noch enger werden. Wenn die Pflichten viel-er Pfarrerrinnen und Pfarrer dicht erfasst sind, liegt es nahe, Schrauben fester anzuziehen. Ein Mausclick langt. Befreundete Kollegen aus Kanton-alkirchen der alemannischen Schweiz haben mir erzählt, wie ihnen Mitglieder der Chillepfläg (des Presbyteriums) detailversessen, kontrollwütig und mit wenig Rücksicht auf ihre persönliche Gestaltungsfreiheit und Verantwortungs-bereitschaft mit Viertelstundenrastern in die Details ihres Dienstes hinein-regieren und unangemessene Arbeitgeberallüren entwickeln. Kirchliche Konf-

likte dort erhitzen sich in diesen Jahren oft ins Unerträgliches. Dienstordnungen, auf die sich die Quälgeister gern berufen, heißen dort übrigens in erfrischender Klarheit „Pflichtenheft“.

Den spezifischen Notwendigkeiten der Region oder des Orts angemessene, kollegial, also dezentral und horizontal (und damit im besten Sinn „subversiv“) ausgehandelte Vereinbarungen in allen Ehren. Davon können wir kaum genug haben. An vielen Orten fehlen sie noch. Wer aber einen wesentlichen Teil seiner Bereitschaft zur personalen Verantwortung an ein Stück Papier delegiert und dem Text darauf damit eine gewisse Autorität verleiht, sollte sich nicht wundern, wenn dieses Stück Papier sich eines Tages gegen sie oder ihn selbst richtet. Nicht gegen Trägheit oder Faulheit, sondern gegen Gestaltungslust, Personalität und notwendige Schlupfwinkel der Freiheit in einem der vielfältigsten, freiesten und (also?) schwierigsten Berufe – um Machtgehabe und Kontrollgelüst zu bedienen.

Herr, schmeiß Rückgrat vom Himmel!“

Lesen Sie hier den ganzen Artikel:

<http://www.aufbruch-gemeinde.de/download/schlumberger-kblatt-1601.pdf> (Korrespondenzblatt Nr. 1/2016, S. 1 ff.)

Bevor der Karren noch tiefer in den Dreck fährt

Warum das Reformvorhaben »Kirche der
Freiheit« zum Scheitern verurteilt ist ...

Von Anne Lungová

„Ob die EKD von den Angeboten der Unternehmensberatung McKinsey & Company profitiert, ist mehr als fraglich. Wer die Mechanismen erkennt, ahnt, dass der Handlungsspielraum für die Kirchen immer enger wird. Dass im Dezember 2012 mit Peter Barrenstein ein langjähriger McKinsey-Berater (von 1980-2007) in den Rat der EKD berufen wurde, dem man die inhaltliche Begleitung der Führungsakademie für Kirche und Diakonie übertrug, ist ein weiteres Indiz dafür, dass die EKD einer externen Organisation mehr vertraut, als ihren eigenen Leuten. Immerhin steht die Kirche mit ihrer Naivität nicht alleine da: Autobranche, Banken und Politik haben denselben Fehler begangen, im Glauben an einen Retter, der alle Missstände lösen kann. Warnende Stimmen hat es auch in der Kirche gegeben. Der deutsche Publizist, Christian Nürnberger, hatte in seinem Vortrag am 34. Rheinischen Pfarrertag am 3.11.2003 in Bonn eindringlich auf die Gefahren hingewiesen: *Im Jahr 1999 veröffentlichte ich mein Buch »Die Machtwirtschaft«, eine Streitschrift gegen den Wirtschafts-Totalitarismus. Wer Kirche als eine Nonprofit-Organisation unter anderen begreift und sie auf den Marktplatz schubst, verlässt den Boden des Evangeliums, degradiert dieses zur Ware, und macht sich gemein mit jenen obskuren Weltanschauungshändlern, die sich auf diesem Markt herumtreiben. Kirchenleitungen, welche die Existenz der Kirche dadurch sichern wollen, dass sie ihre Kirche als Nützlichkeits-Organisation etablieren, als Service- und Sinnvermittlungsagentur, als Unternehmen, dessen Wert in ihrer Funktionalität für einzelne, Gemeinschaften und Staaten liegt, ziehen den Karren nicht aus dem Dreck, sondern fahren ihn noch tiefer hinein. Bischöfe, die den Leuten weismachen wollen, eine Mitgliedschaft in der Kirche rechne sich, zahle sich aus, müssen vergessen haben, dass der Lohn des Christen das Kreuz ist, dass es nicht um Logos geht, sondern um den Logos.*

Um den »Karren aus dem Dreck zu ziehen«, braucht es für die evangelische Kirche mehr als nur die Einsicht, dass man sich statt an der Macht der Welt am Kreuz Christi hätte orientieren sollen, um der Krise, dem demographischen Wandel oder dem Mitgliederschwund entgegenzuwirken. Vor allem lohnt es sich, eigene Fragen zu stellen, um zu neuen Antworten zu gelangen, damit die Kirche am Ende nicht ebenso dasteht wie die Deutsche Bank, der Fußball oder Volkswagen.“

Lesen Sie hier den ganzen Artikel aus dem Deutschen Pfarrerblatt, Nr. 11/2015: <http://www.pfarrerverband.de/pfarrerblatt/index.php?a=show&id=3935>

»Zwo Kirchen«?

Fragen zum Kirchenverständnis im Reformprozess der EKD

Von: Martin Honecker

Kirche ist nicht nur Institution, sondern auch Organisation. Doch gerade um die Ordnungen von Kirche bricht oft Streit aus. So auch im Rahmen des Reformprozesses der EKD. Martin Honecker greift auf Orientierungen bei Luther sowie bei der Konstituierung der EKD nach 1945 zurück und resümiert den Stand der Debatte um den Reformprozess.

Dazu kommen zwei weitere grundsätzliche Einwände, die das gesamte Impulspapier betreffen und nicht nur einzelne Aspekte und Vorschläge der Konkretion. Das ist einmal der wegen des Entstehungsprozesses und des Vorschlagsbündels erhobene Vorwurf des Zentralismus. Es war ein Top-down-Prozess, in welchem das Impulspapier entwickelt wurde. Kann dieser in evangelischer Kirche gelingen? Es ist unverkennbar, dass die Reformvorschläge eine Stärkung der Zentrale notwendig machen und dadurch Macht von unten nach oben verlagert wird. Unter Macht ist dabei die Zuständigkeit und das Recht zu Entscheidungen verstanden. Eine solche Verlagerung von Zuständigkeiten hat eine Hierarchisierung – und Bürokratisierung – zur Folge, die auf Kosten von Beteiligung geht. Darin ist ein Dissens zwischen kirchenleitenden Instanzen und Organen einerseits und der Pfarrerschaft andererseits angelegt.

Der andere Vorwurf betrifft die Sprache der Ökonomie. Wie in wirtschaftlichen Unternehmen Gewinnerwartungen und ökonomische Ziele vorgegeben werden, so formuliert das Impulspapier auch für die Kirchengemeinden vor Ort Ziele. Da ist von Taufquote und Trauquote die Rede, von Steigerung der Kirchgangsfrequenz, von Marktverlust im Bereich des Kerngeschäfts, von Orientierung an Erfolgsmodellen, von der Entwicklung eines Corporate Designs. Da wird verlangt, »Ziele zu formulieren« und »Erfolge zu überprüfen«. Nun ist zwar die Verwendung wirtschaftlicher Sprache als eine Art Verfremdungseffekt nicht an sich von vornherein verwerflich. Allerdings enthält jede Sprache eine eigene Denkweise. Man kann Sprachänderungen nicht einfach formal einsetzen. Und es gibt auch keine spezifisch sakrale Sprache. Daher sind hermeneutische Reflexionen notwendig, in welchem Sinne ökonomische Begriffe und Interpretationen überhaupt geistlichen, kirchlichen und theologischen Aussagen angemessen sind. Das Impulspapier lässt jedoch nicht erkennen, worin man einerseits von Organisationserfahrungen betriebswirtschaftlicher Praxis und Theorie gelernt hat, und es kann vor allem andererseits nicht deutlich machen, wo man davon abweicht. Es ist auch nicht klar, ob es um Visionen, Wunschziele oder um betriebliche Kennzahlen, also um die Produktivität von Pfarrern und Gemeinden gehen soll. Auch liegt die Erreichung dieser Vorgaben nicht im Handlungsbereich der EKD. Das Impulspapier denkt in vielen einzelnen Forderungen in Quantitäten. Im Verlauf der Debatten wurde statt der Zahlen stärker die Bedeutung der Qualität kirchlichen Handelns betont. Aber auch hier bleibt offen, ob es für die Ermittlung der Qualität kirchlichen Handelns im Kernbereich – also in Seelsorge, Verkündigung, Gottesdienst – überhaupt Kriterien der Beurteilung gibt, die anwendbar sind.

(...) Die Frage ist, woher denn die EKD eine geistliche Autorität nimmt, über die Reform der Gemeinden zu befinden.

Lesen Sie hier den ganzen Artikel aus dem Deutschen Pfarrerverband, Nr. 10/2015: <http://www.pfarrerverband.de/pfarrerblatt/index.php?a=show&id=3906>

In Bayern ist leider doch nicht alles anders ...

... aus dem Bericht der Vorsitzenden des bayerischen Pfarrer- und Pfarrerinnenvereins der ELKB, Corinna Hecktor

Thema Mitgliedschaftsuntersuchung (KMU) der EKD

Pfarrer und Pfarrerinnen repräsentieren Kirche. Und sie tun das gut. So einfach und klar sieht es die Mehrheit unserer Mitglieder. Nachzulesen in „Engagement und Indifferenz“ – der fünften Kirchenmitgliedschaftsstudie der EKD. Sie wurde mit viel Aufwand erhoben und wissenschaftlich ausgewertet, im März vergangenen Jahres eher sparsam präsentiert und wenig zitiert. Zu Unrecht, wie ich meine.

Die Studie stellt entscheidende Fragen nach dem Pfarrer- wie dem Kirchenbild. Die Mitglieder beantworten diese Fragen erstaunlich konsistent – und das seit vielen Jahren. Kirche wird in Anspruch genommen, wo man sie braucht, bei Kasualien, Gottesdiensten und Seelsorge – und Kirche wird wahrgenommen, wo man die PfarrerInnen wahrnimmt – bei Verkündigung und Seelsorge, aber ebenso im öffentlichen Auftreten, sogar dann, wenn es gar kein kirchlicher Anlass ist. Beeindruckend, dass das bei vielen auch für von dritten erzählte Begegnungen gilt. Ebenso beeindruckend ist, dass mehr als 75% unserer Kirchenmitglieder eine Pfarrperson persönlich kennt und für knapp die Hälfte „die Wahrnehmung der Institution durch einen persönlichen Kontakt zu einer Pfarrperson vermittelt“ wurde. Amt und Person gehören hier

eng zusammen und werden, anders als die Institution Kirche, von den meisten Mitgliedern gesehen und geschätzt. Das schlägt sich auch in der starken Rolle bei der religiösen Sozialisation nieder. (...)

Und wie reagieren Kirchenleitende? Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre. (...) Jeder Konzern würde sich daran freuen und die Berufsgruppe, die so erfolgreich die Firma in der Öffentlichkeit repräsentiert und für „Markentreue“ sorgt, belobigen. Innerkirchlich heißt es dagegen singgemäß: „Wir sind immer noch Pfarrerkirche – aber das muss und wird sich ändern“. (...) Die Botschaft ist klar: die Verbundenheit ist nicht mehr selbstverständlich, die Bänder, die die Menschen halten, wichtig. Darum: Setzt uns PfarrerInnen da ein, wo wir gesehen werden – und nicht im Hintergrund, nicht vornehmlich als Coaches von Ehrenamtlichen. Lasst uns tun, was wir gelernt haben. Gerade in Zeiten knapper werdender Personalressourcen wäre es nur klug, das geprägte, öffentliche Amt mit seinen Aufgaben in Verkündigung und Seelsorge und der öffentlichen Wahrnehmung der Person als Repräsentanz von Kirche ernst zu nehmen. Das ist kein Privileg, das es abzuschaffen gilt, sondern unser Beruf.

Thema: Verwaltungsreform

Nach einem Überblick über das Projekt bleibt der Eindruck von viel gut Gemeintem – und einige Fragen. Dabei geht es v.a. um die Zentralisierung von Vorgängen und die Verpflichtungen zur Delegation von Aufgaben und Entscheidungen und die Frage, ob sich daraus tatsächlich Entlastung ergibt. Thema waren auch die Kosten, v.a. im IT-Bereich und die offenbar gewollte Vereinheitlichung, sowie die Frage der Haftung durch die tatsächlich entscheidenden und handelnden Personen bzw. Institutionen angesichts der „Letztverantwortung“ der geschäftsführenden PfarrerInnen. (...)

Zu sehen ist auch: Das alles gibt es nicht zum Nulltarif. „Das macht jetzt mehr Arbeit, also müssen wir mehr Geld ausgeben für Verwaltung“ – so der Landesbischof im Plenum der Landessynode in Bad Wörishofen zur Verwaltungsreform. Ich denke, er hat recht. Es wird mehr kosten, außerdem mehr und mehr besonders geschultes Personal brauchen. Die Reform wird also – wie alle Reformen vor ihr – neue Arbeit und neue Anforderungen generieren und am Ende auch mehr Geld und mehr Stellen brauchen. Die Verwaltung wird also größer – die Frage ist, ob es sich lohnt. Versprochen wird uns „zentral,

aber nicht zentralistisch“ und „vom Dienstleistungsgedanken getragen“. Das klingt gut. Beides. Ob es den Aufwand wert ist, wird sich zeigen. Entbürokratisierung stand als Versprechen bereits 2003 im Rahmen der Konsolidierung auf der Agenda. Die Umsetzung muss an mir vorbeigegangen sein.

Schon jetzt kann ich absehen, was mir sehr direkt helfen würde: mehr Stunden für meine Sekretärin, oder einen Hausmeister. Am Ort, nicht in einer Zentrale.

Thema: Finanzen/Doppik

Gute Kirchensteuereinnahmen, gute Ergebnisse der Vermögensverwaltung, die Kirche hat Geld – und trotzdem Angst. Das ist beim Blick in die Zukunft nie ganz unberechtigt. Und angesichts der absehbaren Mitgliederentwicklung erst recht nicht. Trotzdem sollten wir gelernt haben, dass Prognosen etwas sehr vorläufiges sind. Ich habe den Finanzierungsplanrahmen für die Konsolidierung 2002/2006 rausgesucht. Da gibt es im Haushaltsbericht 2004 eine Grafik mit Zahlen für die Folgejahre. Bereits für das Jahr 2005 hat man sich kräftig verkalkuliert. Mit 618,3 Mio Einnahmen und einem kräftigen Defizit hatte man gerechnet, bei 687 Millionen lagen die Einnahmen tatsächlich. Auch für die Folgejahre gehen Planung und Ergebnis – auch dank vorsichtiger Schätzung – gewaltig auseinander, 2007 um knapp 300 Mio. Wenn das bereits bei so kurzen Zeiträumen und relativ klaren Parametern so ist, um wieviel mehr dann bei Prognosen, die 30 oder gar 40 Jahre in die Zukunft gehen – und an vielen Stellen auf reinen Annahmen beruhen?

Bereits der Konsolidierungsprozess ab 2003 hat gezeigt, wie wichtig es selbst in Spardebatten ist, nicht auf nötige Investitionen und nachhaltige Planung zu verzichten. Diese Erkenntnis wurde in den letzten Jahren immer wieder in Rücklagen umgesetzt, die Geld für bestimmte Zwecke festlegten und so der Planung ein Gesicht gaben. Die Doppik, so habe ich von OKR Barzen gelernt, denkt anders. Eines seiner besonders eingängigen Bilder dazu zeigt eine Badewanne statt Töpfe. Alles Geld ist also in einem großen Topf, Rücklagen sind abgeschafft. Das wird da zum Problem, wo damit Übersicht und Steuerbarkeit verloren gehen. Eine reine Vermögensbilanz-Steuerung funktioniert aber offenbar nicht, da den meisten Menschen dabei die Übersicht und die gewohnten Planungsgrundsätze fehlen. Aber wenn das Handelsgesetzbuch (HGB) es so vorsieht, führt offenbar kein Weg daran vorbei.

Überhaupt erscheint manches am neuen System zwar auf den ersten Blick einleuchtend und schier unausweichlich, auf den zweiten aber zu komplex, um es in den Folgen tatsächlich zu überblicken – und das gilt ganz offensichtlich auch für die verantwortlichen Gremien.

So wurde die „Vorsteuerung“ einstimmig beschlossen, die Folgen einer Festschreibung des Haushaltswachstums unterhalb der Inflationsgrenze, wenn die Hauptkostenfaktoren Steigerungen haben, die darüber liegen, aber nicht gesehen. Deutlich wurde das am Beispiel des Kirchensanierungsfonds. Der wurde zwar gesetzlich abgesichert, aufgrund der beschlossenen Mechanismen und des Fehlbetrages in der Vermögensbilanz könnte aus ihm aber nichts entnommen werden – da jede Entnahme zu Lasten des Gesamtbudgets ginge. Da die Vorsteuerung das Haushaltsvolumen vorab begrenzt, gäbe es dafür eigentlich keine Lösung. Als Kompromiss wird der Fonds für ein Jahr wie ein rechtlich selbstständiges Sondervermögen behandelt und erhöht so den Fehlbetrag um 100 Millionen. Dann soll entschieden werden, wie es damit weitergeht. Der Kompromiss ist sehr zu begrüßen – das Grundproblem löst er noch nicht. Die Forderungen nach mehr Zeit, mehr Klarheit über Nötiges und Gewünschtes, also Prioritäten und Posterioritäten als Ersatz für die Rücklagen, mittels derer bisher Planung festgeschrieben wurde, stehen noch im Raum. Und eine wirkliche Debatte, was es bedeutet, dass Kirche kein Konzern ist, sondern eben Kirche, steht auch noch aus, ebenso wie die Benennung von notwendigen Aufgaben, gesetzten Prioritäten und Feldern, die wegfallen können.

Dann wird auch zu klären sein, wie ganz konkret eine kirchliche Doppik-Anwendung aussieht. Anpassungen wird es geben, sogar im Bereich des landeskirchlichen Rechenwerkes. Im Rahmen des Feldversuches im Kirchenkreis Augsburg wird sich das nochmal verstärken, wenn ausprobiert wird, ob und wie sich die komplizierten Vorgänge in Verwaltungsstellen und Gemeinden umsetzen lassen – mit den vorhandenen Menschen!

Thema: SAP/IT

Es stimmt traurig, was zu diesem Thema und der immer noch laufenden Umstellung auf der Synode von Karl Mehlretter für die Synodale Begleitgruppe vortragen wurde. Er konstatiert, dass wesentliche Punkte seit langem angemahnt, aber immer noch nicht angegangen wurden. Fast noch schlimmer ist, dass sein Fazit sehr resignativ ausfällt. Kurz gefasst: Nachdem man nicht auf

uns hört, können wir genauso gut aufhören. Dabei bräuchten wir hier, wo es um IT geht, tatsächlich die Kompetenz der Ehrenamtlichen, die in diesem Bereich Profis sind bzw. wichtige Vorerfahrung mit solchen Umstellungen haben. Stattdessen haben wir ein langwieriges Projekt ohne klares Lastenheft, mit noch offenen Problemen und wachsenden Kosten (allein 9 Mio für die erste Phase). Das Ergebnis bekam ich im Landeskirchenamt mit „search and pray“ übersetzt. Schade eigentlich – auch wenn es manches erklärt.

Dazu (Thema: Sicheres Kirchennetz, Anm. des Verf.) wollte ich eigentlich gar nichts sagen – diesmal. Bis ich versucht habe, auf eine Mail dem gesamten Verteiler zu antworten und nach 10 Minuten nicht etwa eine Antwort bekam, sondern eine Mitteilung von postmaster@elkb.de, dass meine Nachricht an den Verteiler aufgrund eines Berechtigungs- oder Sicherheitsproblems nicht zugestellt wurde. Hilfreicherweise stand auch dabei, dass die Adresse nur E-Mails von bestimmten Absendern akzeptiert und nicht etwa von jedem. Über die Notwendigkeit auf eine Mail telefonisch zu antworten und die mündliche Auskunft, man wisse sich eben mit allen Mitteln zu wehren, die ich daraufhin im LKA erhielt, konnte ich noch lachen. Dann allerdings habe ich mir vorgestellt, wie das ganze auf Gemeindeglieder oder künftige KiTa-Eltern oder andere Interessierte wirken muss, wenn sie versuchen, das Pfarramt, die KiTa oder eine KollegIn per Mail zu erreichen.

Alle Behauptungen, man komme mit dem sicheren Kirchennetz allein als dienstlichem Anschluss aus, haben sich damit erledigt. Eigentlich müsste sogar angeordnet werden, eine weitere Mail Adresse zu unterhalten, damit das Versprechen der dienstlichen Erreichbarkeit auch eingelöst werden kann. Und damit bin ich bei einer alten Forderung: die Kosten – von PC und Anschluss bis hin zu den laufenden Kosten! – für das zusätzliche sichere Kirchennetz sind von denjenigen zu übernehmen, die es angeordnet haben, also von der Landeskirche. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. Das geht besonders gut, wenn der Druck nicht nur von der Pfarrerkommission kommt. Darum erinnere ich hier nochmal an das Angebot der zuständigen Abteilung, sich mit allen Fragen und Kostenerstattungsanträgen direkt an joerg.blickle@elkb.de zu wenden.

Lesen Sie hier den ganzen Bericht (ab Seite 86):

<http://www.pfarrverein-bayern.de/ablage/kblatt-1506.pdf>

Der Protestantismus der Jahre 2017 bis 2045

Zwischen digitaler Revolution und administrativer Wende. Der Protestantismus der Jahre 2017 bis 2045: Auszug aus dem Handbuch der Neueren und Neuesten Kirchengeschichte, Band II: Der Protestantismus im 21. Jahrhundert – von Holger Pyka

Stefan Große-Gschaftlhubers Stegreifrede und die administrative Wende

Ein Meilenstein in der weiteren Entwicklung des landeskirchlich verfassten Protestantismus war die Einrichtung des Evangelischen Zentralinstituts für theologische Verwaltungsfragen, mit dessen Leitung Oberkirchenrat Stefan Große-Gschaftlhuber betraut wurde. Große-Gschaftlhuber selbst hatte die Gründung angeregt: In seiner Stegreifrede auf dem Stuttgarter Kirchentag, deren Eingangsfeststellung „Wir können als Menschen Verwaltung nicht verstehen, wir dürfen als Theologen mit Verwaltung leben“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist, erläuterte Große-Gschaftlhuber anhand u.a. der Tora-Übergabegeschichten des Alten Testaments und des Augustinischen Volkszensus im

Prolog der Weihnachtsgeschichte Lk 2, in welchem Maße die Heilsgeschichte seit jeher von höchstinstanzlichen Verwaltungsentscheidungen abhängig gewesen sei. Zahlreiche neutestamentliche Figuren, wie der Apostel Paulus, die sprichwörtlichen Zöllner oder der äthiopische Hofbeamte galten Große-Gschaftlhuber als exemplarische Vertreter des antiken Beamtentums, die selbstverständliche Gesprächs- und Kooperationspartner, ja bedeutende Trägerkreise des Urchristentums darstellten. In den Verwaltungsentscheidungen und –strukturen der Kirche sah Große-Gschaftlhuber demnach nicht nur die Verwirklichung der neutestamentlichen Forderung nach „guter Haushalteschaft“, sondern auch, unter Rekurs auf den priesterschriftlichen Schöpfungsbericht und 1 Kor 14,33 („Gott ist kein Gott der Unordnung“), das auch in der Confessio Augustana aufgenommen wird, eine imitatio des ordnenden Schöpfungshandelns Gottes, mithin ein Instrument der creatio continua. Die Aussage, dass den Texten und Strukturen kirchlicher Verwaltung damit neben der Bibel Offenbarungscharakter zukäme, findet sich expressis verbis in Große-Gschaftlhubers Stegreifrede noch nicht, wird jedoch, u.a. in seiner Forderung nach einer „kultürlichen“, „bürokratischen“ oder „administrativen Theologie“, hier schon vorweggenommen und in der EKD-Denkschrift „Die gute Haushalteschaft – Das Verhältnis von Theologie und Verwaltung“ von 2019 entfaltet.

Lesen Sie den gesamten Text unter:
<http://kirchenbunt.de/zwischen-digitaler-revolution-und-administrativer-wende/> (Achtung Satire!)

Rückblick: „Evangelium hören“ I+II – Zwei Texte von 1999 und 2000

Im Jahr 1999 und 2000 gab der
Initiativkreis „Kirche in der

Wettbewerbsgesellschaft“ zwei Texte heraus, die sich bereits damals kritisch mit den Reformbemühungen in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) auseinandersetzten und vieles vorausnahmen, was auch heute diskutiert wird. Der Initiativkreis kann auch als Vorläufer von „Aufbruch Gemeinde“ in Bayern angesehen werden. Wir machen beide immer noch lesenswerte Texte mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber wieder zugänglich.

Aus: Evangelium hören I – Wider die Ökonomisierung der Kirche und die Praxisferne der Kirchenorganisation, 1999:

These IV: Das strukturbildende Paradigma einer hörenden und lernenden Kirche ist die gottesdienstliche Gemeinde.

Gottesdienstliche Existenz lernen statt Gemeindeentwicklung betreiben.

Mit der gemeinsamen Praxis als Kennzeichen der hörenden und lernenden Kirche hängt es zusammen, dass die Kirche nicht Gemeinden „hat“, die sie entwickelt, sondern aus Gemeinden besteht. Das „Gemeindeprinzip“ bildet die Grundstruktur einer Kirche, die sich als hörende und lernende – paradigmatisch – im Gottesdienst versammelt. Im Gottesdienst erfährt die Gemeinde auf paradigmatische Weise, was das Leben der Kirche in allen Vollzügen prägen soll. Der Gottesdienst ist keine „Veranstaltung“ in der Angebotspalette

der Kirche; er ist vielmehr das Ursprungsgeschehen der Kirche, in dem und aus dem die Kirche erst zustande kommt (CA V). Als solches Ursprungsgeschehen führt der Gottesdienst gewissermaßen in die „Grammatik“ christlichen Lebens und Handelns ein, der in allen Sprach- und Lebensäußerungen der Kirche zu entsprechen ist.

Die gottesdienstliche Gemeinde als „Maß“ der Kirche verstehen heißt nicht, dass die Kirche „nur“ am Sonntagmorgen zu finden ist. Ebenso sinnlos wäre es, diesen theologischen Zusammenhang mit einer Besucherstatistik in Frage zu stellen. Die Frage lautet vielmehr umgekehrt: Wie kann in ihrem Gottesdienst deutlich werden, dass die zentrale Praxis der Kirche eine kommunikative, ja politische Praxis ist: ein „Amt“, an dem die Fülle der Charismen tätigen Anteil nimmt, anstatt das marktgemäße Prinzip von professionellen Akteuren auf der einen Seite und Rezipienten auf der anderen Seite widerzuspiegeln?

Aufmerksam sein auf die Nöte und Hoffnungen der Menschen statt Bedürfnisse befriedigen.

Ein solches Modell ist wirklichkeitsfremd, weil es unterstellt, dass die Akteure die Bedürfnisse der Adressaten kennen oder herausfinden können, statt dass alle Beteiligten darauf aufmerksam bleiben, woraus sie in ihrem Glauben, ihrer Hoffnung, ihrer ganzen Existenz leben können – und sich darin auch nicht durch Ersatzangebote täuschen lassen. So gilt es zu unterscheiden zwischen der notwendigen Aufmerksamkeit auf die Menschen und der unkritischen Orientierung an ihren „Bedürfnissen“. Was brauchen die Menschen wirklich? Nur das, was sie selbst wissen und angeben können? Das Eigentümliche, wozu die Kirche gerufen ist und rufen soll, ist doch vielmehr, im Licht des Evangeliums zu erkennen, was „noch nicht erschienen“ ist (1.Joh 1,3). Darüber lässt sich freilich im gottesdienstlichen Zusammenkommen und im alltäglichen Leben von Ortsgemeinden mehr erfahren als soziologische Erhebungen erfassen können.

Lesen Sie mehr:

Evangelium hören I (1999):

<http://www.aufbruch-gemeinde.de/download/evangeliumhoerenI.pdf>

Evangelium hören II (2000):

<http://www.aufbruch-gemeinde.de/download/evangeliumhoerenII.pdf>

